

# Luzerner Tagblatt.

Abonnementspreise:

	Jährlich	6 Monate	3 Monate
Durch die Post bestellt	Fr. 12. —	Fr. 6. —	Fr. 3. 40
Für Emag. zum Bringen	„ 12. —	„ 6. —	„ 3. —
„ „ Abholen	„ 10. —	„ 5. —	„ 2. 50

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.  
Abonnations- und Expeditions-Bureau: St. Jakobsvorplatz Nr. 11  
Filiale der Expedition am Kornmarkt.

Einundvierzigster Jahrgang.

N<sup>o</sup>. 138.

Insertionspreise:

Für Anzeigen und Inserate in der ersten Spalte des ersten Bogenes:  
Die einspaltige Zeile oder deren Raum . . . 10 Cts.  
Wiederholungen . . . 8 „  
Für die übrigen Spalten und das Ausland:  
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Cts., Wiederholungen 10 Cts.  
Preis der Anzeigen-Zeile (Zeilen-Schrift): 50 Cts.  
Inserat-Aufnahme (größere bis 9 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr) in den  
Expeditions-Bureau St. Jakobsvorplatz und Filiale Kornmarkt.

Donntag,

Gratis-Beilagen

Jeden Freitag ein Beilagenblatt: „Wochenliche Unterhaltungen“  
Alle vierzehn Tage das „Sonntagsblatt“, Gemeinnützige Blätter.

Gratis-Beilagen

12. Juni 1892.

## Erstes Blatt.

Inhalt des ersten Blattes: Das Parlamentarische. — Eidgenossenschaft. — Ausland. — Vermischte Nachrichten. — Stimmen aus dem Publikum. — Briefwechsel.  
Inhalt des dritten Blattes: Landwirthschaftliches. — Eine Reklame. — Eidgenossenschaft. — Ausland. — Literarisches.  
Inhalt der Beilage: Ausland. — Vermischte Nachrichten.

### Die radikal-demokratische Fraktion

Der Bundesversammlung hielt Donnerstag Abends eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab zur Besprechung der politischen Lage und der Reorganisation der Partei. Den Vorsitz führte Oberst Rüttli. Die Berner waren nicht erschienen. Von den Demokraten waren anwesend Curti, Koch, Bogner, Schindler und Peter Borel.

Zuerst wurde die bekannte Austrittserklärung der Berner verlesen, die zu keiner Diskussion Anlass gab. Der Vorsitzende sprach die Hoffnung aus, dass in grundsätzlichen politischen Fragen die Berner nach wie vor zu ihren alten Bundesgenossen stehen werden; die Erklärung eines Interessententums zwischen Bern und Waadt sei nicht neu; einst hätten Bern und Freiburg wegen der Dron-Bahn gegen Waadt gekämpft; jetzt stehen Waadt und Freiburg in der Simplon-Angelegenheit zusammen; aber niemand halte es für möglich, dass sie deswegen auch in politischen Angelegenheiten zusammen gehen werden.

Oberst Rüttli wies sodann darauf hin, die radikal-demokratische Partei bedürfe eines bestimmten Programms. Die gleiche Ansicht sprachen auch Comteff und Cornay aus. Letzterer vermisst ein Parteiorgan, wie z. B. die „Münner-Deutsche“, gewesen sei, in welcher Rüttli, Bernet, Blaudonnet und Andere die fortschrittlichen Grundzüge verjüngten. Sonderberger (Appenzell A. A.) gab Namens einer Anzahl eidgenössischer Fraktionsmitglieder (einger. Thurgauer, des Glarner, Gallati und der St. Galler Liberalen) eine Erklärung ab; darin wurde laut einem Telegramm, das dem „Winterth. Anb.“ von Bern-Rath Kocher zuging, „bestimmte Umschreibung der politischen Gesichtspunkte der Partei mit Front gegen die Ultramontanen auf der einen und gegen den bisherigen linken Flügel der Fraktion auf der anderen Seite, dagegen Aufnahme der radikal-demokratischen Gruppe jugendlichen Elemente des Bunterums“ verlangt.

Auf den Standpunkt Sonderberger's stellten sich auch Bexjola (Grunder) und Schindler (Thurgau). Rüttli hob hervor, dass besonders zwei Punkte die Mitglieder der Fraktion verbinden: sie wollen erstens die sogen. konfessionellen Artikel, zu denen auch die Zölle und in gewissem Sinne der Schulartikel gehören, schärfen und wollen einen finanziell kräftigen Bund. Das sei auf anderer Seite nicht der Fall. In der Fraktion selbst hätten sich Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Vorhandenseins eines jüngeren, rührigen und treibenden Elementes bemerkt vor Stagnation. Der Kreis für die Zugehörigkeit zur Partei sollte nicht eng, sondern möglichst weit gezogen werden.

Dies erklärte, er und die anderen Solothurner wollen von einer Politik im Sinne Curti's nichts wissen. Gegen diese Politik gelauf auch das Solothurner Programm, das den Ultramontanismus in jeder Form bekämpfe. Es könne nicht erlaubt sein, dass Angehörige der Partei mit andern Parteien Allianzen abschließen, um demokratische und soziale Fortschritte zu erzielen. Die freisinnige Partei sei die Trägerin der fortschrittlichen Ideen in den Kantonen und im Bunde gewesen. Wenn sie über ihr Vorgehen Beschlüsse gefasst habe, gehe es nicht an, dass Parteigenossen eine andere Haltung befolgen und von gegnerischer Seite Hilfe annehmen. Die freisinnige Partei sei noch immer lebensfähig, wenn sie Abweichungen von ihrer Tradition in ihren Reihen nicht dulde.

Curti erklärte sich vollständig einverstanden mit Aufstellung eines Programms. Das sei die loyalste und höflichste Art, wie man sich eng verbinden oder wie man sich trennen könne. Man wisse dann, woran man sei. Es sei zu befragen, wann einmal in genau formulierten Programmpunkten gesagt werde, was unter Ultramontanismus zu verstehen und nach welchen Bedingungen die Ultramontanen zu bekämpfen seien, welche Zwecke und Ziele ein neuer Kulturkampf habe. „Wer das Programm annehmen wolle, sage dann bestimmt Ja, wer es verneine, Nein. Die „unnatürlichen Allianzen“ einschließliche Curti damit, die „Wehrheitspartei“ habe oft, in Kantonen und Bund, den demokratischen und sozialen Fortschritt nicht gewollt, und da wären die Demokraten, falls sie sich gefügt hätten, einfach in die Ecke und fast gestellt gewesen, und manches der besten Gesetze wäre nicht zu Stande gekommen. Die radikal-demokratische Partei solle sich nach der demokratischen Seite hin entwickeln, dann unterbleiben die „unnatürlichen Allianzen“ von selbst; werde sie reaktionär, so verliere sie naturgemäß die Elemente, welche sie verjüngen können und ihr Halt im Volk und bei der nachwachsenden Generation geben.

Die Versammlung ertheilte dem Vorstand, der weitere Mitglieder zuziehen kann, den Auftrag zur Ausarbeitung eines Programms. Dasselbe soll noch während der jetzigen Sommer-Ession beraten werden.

Wir wollen nun das neue Programm gewärtigen. Die Diskussion in der Versammlung vom letzten Donnerstag konnte selbstverständlich noch keine Klärung der Situation bringen, da jede der zwei Hauptgruppen der Fraktion nur ihren längst bekannten Standpunkt markierte. Erst durch präzis formulirte Programmpunkte werden die Fraktionsmitglieder vor die Nothwendigkeit einer klaren, deutlichen Meinungsäußerung und einer bestimmten Stellungnahme verlegt. Dann erst hört die Politik der Zweibeinigkeit, der „Wenn“ und „Aber“ und der geheimen Vorbehalte auf. Wir haben die Zuversicht, dass die gegenwärtigen, auf Reorganisation der radikal-demokratischen Partei abzielenden Bestrebungen von Erfolg sein und zur Bildung einer starken, lebens- und leistungsfähigen freisinnigen Partei führen werden, die von den Grundgesetzen der 74. Verfassung nichts wegmacht lassen und entschieden für demokratischen und sozialen Fortschritt, auf geradem, nicht krummen Wegen und ohne Erzwangsgänge, einziehen wird. Die weder in Thatsachen begründete, noch sehr zeitgemäße Infamie, die Dr. Nationalrat Curti am Schluss seines Referates über die Fraktionsbildung vom letzten Donnerstag in der „Zürich. Post“ vertribe, hätte nämlich unterbleiben können; es heißt nämlich dort wörtlich: „Wir werden nun bald erfahren, ob es wirklich eine freisinnige Partei ist, von deren Bildung die Rede war, oder ob man damit nur den Kampf gegen die Demokratie und die Arbeiterklasse organisiren will.“ Man kann aufrechter Demokrat und Sozialreformer sein, ohne sich auf das Evangelium Curti verpflichten zu müssen, das gerade durch derartige gefälschte Unterstellungen in Mißkredit kommen muß.

### Eidgenossenschaft.

Bundesversammlung. Nationalrat, Sitzung vom 10. Juni. Das Bundesgesetz über die Patentreten der Handelsreisenden wird durchberathen und mit 54 gegen 26 Stimmen angenommen. Es besteht bezüglich dieses Gesetzes zwischen Nationalrat und Ständerath nur wenige Differenzen. Eine davon betrifft die Höhe der Tage; der Ständerath hat eine einzige Tage von 100 Fr. aufgestellt; der Nationalrat setzte die Tage für ein ganzes Jahr auf 150, für ein halbes Jahr auf 100 Fr. fest. Sodann wurde bestimmt, dass, sofern Reisenden ausländischer Häuser die Gleichstellung mit denjenigen Schweiz. Häuser besser Rechte zulassen, als unsern Reisenden in Staaten gebührt werden, in welchen jene Häuser niedergelassen sind, die fremden Handelsreisenden für Aufschußung von Bestellungen 300 Fr. jährlich und 200 Fr. halbjährlich und, sofern sie Waaren mit sich führen, eine Tage von 500 (300 Fr.) zu bezahlen haben.

Nach Erledigung des genannten Gesetzes begründet Oberst Rüttli betreffend Beschränkung des Militärdienstes der Lehrer auf die Rekrutenschule. Er weist auf die schädlichen Folgen hin, welche der Militärdienst für die Lehrer habe, indem er gerade in denjenigen, welche Persönlichkeiten schaffen sollten, die Individualität untergrabe. Für die Schule bringe der zeitweise Entzug der Lehrer viele Störungen mit sich. Es halte oft schwer, Stellvertreter zu finden. So habe er Schließung einer Schule veranlassen müssen, da für den zum Militärdienst berufenen Lehrer kein Ersatz zu finden war. Unsere Lehrer gehören zum kleineren Theil den Soldaten an, und das Ansehung zum Offizier bringe immer mehr eine zeitlich härtere Inanspruchnahme. Es müßte übrigens betont werden, dass die Kantone in der Anwendung der Militärgesetze ziemlich verschieden und oft etwas willkürlich vorgehen.

Geisinger, Meister und Müller opponiren der Motion: Der Militärdienst habe dem Charakter und der Individualität nichts, sondern sei erfahrungsgemäß für den Lehrer eine treffliche Abwechslung und Ergänzung; er diene dazu, der Einseitigkeit, die den Lehrern vielfach vorgeworfen werde, abzuhelfen. Die Stellvertreter für den Lehrer sei eher möglich, als z. B. in einem industriellen Establishement, und zudem haben die Kantone die Pflicht, für gänzlichen Ersatz zu sorgen. Die numerische Stärke der Armee erlaube abgesehen durch die beständige Ausdehnung des Post- und Eisenbahndienstes und die dazugehörigen Befehlungen vom Militärdienst Heilfort Schwäbisch. Auch mit Rücksicht auf die Durchführung des militärischen Vorterrichts und die freiwilligen Schießvereine, wo die Gelehrten unter den Wehrmännern durch Vorträge u. dgl. vorterrichtbar wirken können, sei Ablehnung der Motion angelegt. Dasselbe wird denn auch mit 52 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Ständerath, Sitzung vom 10. Juni. Das Gesetz betr. Organisation der Bundesrechtspflege wird durchberathen mit Ausnahme der an die Kommission zur weiteren Erörterung zurückgewiesenen Artikel.

Dem Kanton Zürich wird für die Tsch., Glatt und Thur-Korrektion eine Nachbillion von 40% zugesichert; die Regierung des Kantons Zürich hat aber dafür zu sorgen, dass in den Wahlen im oben erwähnten an seinen Hängen keine größeren Rückschlüsse stattfinden und die Abhaltung nur während der Wintermonate (Dezember, Januar und Februar) geschehe.

Handels- ist die Art und Weise, wie viele Nationalräthe ihre Amtspflicht außer Acht lassen. An der Abstimmung über das Gesetz betr. Patentreten der Handelsreisenden nahmen freitags von 147 Mitgliedern 80 Theil, an denselben über die Motion (Gosat 76, und am Samstag Vormittag wurde der Rath beschlußfähig, da nur noch 65 Mitglieder anwesend waren! Da hört Verschwendung auf!

Goldhardsbesetzung. Der Besuch der Goldhardsbesetzung durch militärische Vereine und Gesellschaften während der Zeit, in welcher in den Festungswerten Unterrichtskurse stattfinden, hat jenen den Unterricht mehr oder weniger gestört.

Mit Rücksicht hierauf hat sich das Militärdepartement veranlaßt gesehen, die Bewilligung zu solchen Besuchen auf bestimmte Tage einzuschränken, und zwar hat es beschlossen, solche Bewilligungen an militärische Vereine und Gesellschaften von über vier Personen während der Dauer von Unterrichtskursen in den Festungswerten nur noch für Samstag Nachmittags und Sonntag zu ertheilen.

Handelsvertrag mit Frankreich. Der Bundesrath hat Donnerstag in dreifachförmiger Sitzung die aus Paris eingelaufenen Berichte berathen. Er hat keine offiziellen Mittheilungen über seine Verhandlungen gemacht. Es verläutet indessen, dass die Berichte sehr ungünstig waren und dass die Verhandlungen keine gute Wendung zu nehmen scheinen. Die französische Regierung scheint sich mit der Meistbegünstigung nicht begnügen zu wollen, sondern sie verlangt für die von ihr begünstigten Konzeptionen noch weitere Tarifermäßigungen. Es würden Frankreich somit nicht nur sämtliche Verhandlungen in den Handelsverträgen mit Deutschland, Österreich und Italien an diese Staaten eingeräumt, sondern auch noch weitere. Dagegen sollen die Gegenleistungen äußerst mäßig sein. Der Bundesrath hat den Text für eine neue, entschieden gefälschte Note festgesetzt.

„Eidgenössische Bank“. Wie sehr die in den eidgen. Nähen eingetragene Motion am Plage ist, welche sich gegen den öffentlichen Mißbrauch des Namens der Eidgenossenschaft wendet, das zeigt sich am besten aus der Thatsache, dass z. B. das „Bund. Tagbl.“ meldet: Es sei der Direktor der Glattfelder Bank in St. Gallen verhaftet, der Verlust betrage drei Millionen u. s. w. Wie wollte man übrigens, wenn diesem Unfug nicht gekreuzt werden sollte, die künftige, wirkliche eidgenössische Bank benennen?

So die „Bas. Nachr.“ Ohne Zweifel hat diese Firmenfrage heute einen weit dringlicheren Charakter als vor wenigen Jahren, da zuerst seine bekannte Motion stellte; der Vergleich mit einem „eidgenössischen Schilling“ oder einem „eidgenössischen Verein“ ist nicht mehr zureichend.

Der Verein Schweizerischer Hotelbesitzer ernannte in seiner Jahresversammlung vom letzten Herbst eine Kommission, welche die Frage der Errichtung einer Spezialschule für Hotel-Angehörige zu prüfen hatte. Diese Kommission beantwortete die Frage in bejahendem Sinn und findet, dass der eig. einer solchen Schule am besten nach der französischen Schweiz verlegt werde. Es handelt sich namentlich darum, ein Hotel zu finden, welches im Winter geschlossen und welches gleichzeitig geeignet ist, sich diesem Zweck zur Verfügung zu stellen. Neben Kursen in fremden Sprachen würden solche für die verschiedenen Zweige errichtet, die mit dem Betrieb eines Hotels verbunden sind. Dientigen H. H. Hoteliers, welche sich für die Sache interessieren, erhalten durch den Kommissionspräsidenten, Hrn. F. Berner in Basel, nähere Auskunft.

Luzern. Zur Bed. d. Diensthilfs. Angelegenheit. Wie wir letzten gemeldet, hat Hr. Friedrich Bed. Leutenant, sich beim schweizerischen Militärdepartement über Hrn. Oberst Winbischhofer beschwert, weil letzterer in dieser Angelegenheit den bekannten Brief an Hrn. Oberst Bülhmann richtete, den Hr. Fürstpr. Saght im Verlauf des Dürrenmatt-Prozesses zur Verlesung gebracht hat. Das Attentat, in welchem das Militärdepartement die Beschwerte des Hrn. F. Bed. abgelehnt hat, lautet wie folgt: Am 3. März überlieferten Sie eine Beschwerte gegen Herrn Oberst Winbischhofer, Kreisinspektor der IV. Division, in Luzern, wegen Amtsmißbrauch.

Wir haben diese Beschwerte geprüft und theilen Ihnen darauf folgendes mit: Herr Oberst Winbischhofer ist von Herrn Oberst Bülhmann ernannt worden, ihm über die Sie und Ihren Bruder betreffende Diensthilfs-Angelegenheit Aufschluß zu geben. Er entsprach diesem